

„Reichtum für alle“ führt zur Armut für alle

BZ-GASTBEITRAG: Für Lüder Gerken ist eine ungleiche Einkommensverteilung Voraussetzung für Wohlstand

Eines muss man Gregor Gysi, dem Linken, lassen: Humor hat er und Selbstironie auch. Und beides setzt er hemmungslos ein. Immerhin kam so wenigstens ein bisschen Leben in den ansonsten doch sehr müden Bundestagswahlkampf.

Bezeichnend für den Spaßfaktor, den Gysi in den Wahlkampf getragen hat, ist ein Plakat. In Berlin und in den neuen Bundesländern war es an allen, in den alten Ländern zumindest an einigen Ecken zu sehen. Von diesem Plakat lächelte Gysi herab, und darüber konnte man lesen: „Reichtum für alle“. Eine solche Forderung aufzustellen, dazu gehört Mut. Nicht, weil sie unpopulär wäre. Vielmehr, weil sie ökonomisch blinder Unsinn ist und damit letztlich auch die Umverteilungsversprechungen ad absurdum führt, die nahezu sämtliche Politiker nahezu aller Parteien nahezu immer im Munde führen.

Warum ist die Forderung „Reichtum für alle“ blinder Unsinn? Betrachten wir dafür das Verhältnis zwischen Unternehmergewinnen und Arbeitnehmerlöhnen, das in der öffentlichen Wahrnehmung ja besonders sensibel ist.

Vorab: Ein Arbeitsplatz mit einem festen Gehalt ist alles andere als selbstverständlich. Heute, da fast neunzig Prozent der Erwerbstätigen abhängig beschäftigt und nur zehn Prozent selbstständig sind,

vergisst man leicht, dass es jahrhundertlang umgekehrt war: Die meisten Menschen mussten als Bauern oder Handwerker ohne festes Gehalt auskommen. Erst im Zuge der industriellen Revolution entstanden in großem Umfang Arbeitsplätze mit einem festen Stundenlohn (wenngleich auch anfangs zu erbärmlichen Bedingungen).

Wie ist das geschehen? Auch wenn nach einer Allensbach-Umfrage die meisten Deutschen der Meinung sind, die Schaffung von Arbeitsplätzen sei dem Staat zu verdanken, stimmt das, mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes, nicht. Der Staat kann nur günstige oder ungünstige Rahmenbedingungen setzen. Geschaffen werden Arbeitsplätze durch Unternehmer. Die haben eine Geschäftsidee – vor 200 Jahren etwa die Erzeugung von Eisen, heute vielleicht eine neue Software – und trauen sich zu, mit dem erforderlichen (eigenen oder geliehenen) Kapital diese Idee zu verwirklichen. Wenn sie dafür Mitarbeiter benötigen, stellen sie sie für ein festes Gehalt ein. Wenn nur der Unternehmer seine Idee toll findet und

kaum jemand sonst, bleibt er auf seinem Produkt sitzen und geht konkurs. Soweit er, was früher selbstverständlich war, mit seinem Privatvermögen haftet, wird er zum armen Mann. Zwar verlieren auch die Arbeitnehmer ihre Beschäftigung. Über die Zeit betrachtet, sind sie aber besser dran, als wenn der Unternehmer es gar nicht erst versucht hätte, denn so erhielten sie zumindest vorübergehend ein festes Gehalt.

Wenn dagegen sehr viele Menschen das Produkt toll finden und kaufen, dann erzielt der Unternehmer einen hohen Gewinn. Denn ihm bleiben sämtliche Einnahmen nach Abzug der festen Lohn- und sonstigen Kosten. Man kann sagen: Er wird dafür belohnt, dass er das Risiko eingegangen ist.

Je mehr erfolgreiche Unternehmer tätig sind, um so stärker wächst zum einen die Volkswirtschaft und damit der gesamtwirtschaftliche Wohlstand; umso größer wird aber auch das Einkommensgefälle zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Mit anderen Worten: Wohlstand und Ungleichheit der Einkommen sind zwei Seiten derselben Medaille.



Lüder Gerken FOTO: BZ

Was passiert nun, wenn der Staat zum Zweck der Umverteilung den Gewinn zum Großteil oder gar ganz abschöpft? Da auch Unternehmer gewöhnliche Menschen sind, denken sie zuerst an sich und werden sich fragen, warum sie dann etwas riskieren sollen. Sie haben ja nichts davon. Wirtschaft und Wohlstand stagnieren und beginnen irgendwann zu schrumpfen.

Zwischen Wohlstandsmehrung und Umverteilung liegt ein Zielkonflikt

Je mehr also umverteilt wird, desto weniger ist vorhanden, was sich umverteilen lässt. Es liegt folglich ein unauflöslicher Zielkonflikt zwischen Wohlstandsmehrung und Umverteilung vor. Daher ist bei der Umverteilung Augenmaß geboten – auch im Interesse der Arbeitnehmer. Was mit einer Gesellschaft passiert, die rigoros die Gewinne beschneidet und dadurch das Unternehmertum unterdrückt, zeigt eindrucksvoll die ehemalige DDR – die alte Heimat Gregor Gysis. Sie hatte sich „Reichtum für alle“ auf die Fahnen geschrieben und deshalb eine radikale Umverteilungspolitik durchgeführt. Ergebnis war am Ende die Armut für alle.

– Der Autor ist Vorsitzender der Stiftung Ordnungspolitik und der Hayek-Stiftung.